

**JAHRES
PRESSEMAPPE
BERICHT**

SPERRFRIST

2. März 2005

00:01 Uhr GMT

INCB

International Narcotics Control Board

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Auf den ersten Blick scheint es sich bei dem Angebot von illegalen Drogen und der Nachfrage danach um zwei voneinander unabhängige Aktivitäten zu handeln. Drogen werden von einer Personengruppe erzeugt, geschmuggelt und verkauft, und von einer anderen Gruppe von Personen gekauft und konsumiert. Tatsächlich geht es aber um zwei mit einander untrennbar verbundene Elemente eines einzigen Phänomens: die Nachfrage nach Drogen steigert das Angebot, und das Vorhandensein von Drogen führt zu einer größeren Zahl von Drogenabhängigen und damit zu einer Erhöhung der Nachfrage.

Das erste Kapitel des diesjährigen Berichts des INCB analysiert die Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage und betont die Notwendigkeit einer ausgewogenen und integrierten Vorgangsweise zur Lösung dieses Problems. Allzu oft sind die Maßnahmen der verschiedenen Regierungen lediglich auf ein Element dieses Problems – das Drogenangebot – ausgerichtet. Dieses Vorgehen kann zwar kurzfristig gute, manchmal sogar dramatische, Ergebnisse zeitigen, wenn z.B. große Mengen illegaler Drogen beschlagnahmt werden. Ein langfristiger Erfolg kann aber auf diese Weise nicht gesichert werden, weil binnen kurzem neue Quellen für die Befriedigung des wachsenden Bedarfs sorgen. Bedauerlicherweise bestehen keine rasch wirksamen Möglichkeiten zur Verringerung der Nachfrage. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nachhaltiger Präventionsmaßnahmen. Es ist daher unerlässlich, umfassende Strategien zu entwickeln, die ein kombiniertes Vorgehen gegen Angebot und Nachfrage gestatten. Dann, und nur dann, können Fortschritte erzielt werden, die das Problem des Drogenmissbrauchs auf Dauer einer Lösung näher bringen.

Der Bericht setzt sich auch mit der Konsultation des INCB mit Afghanistan auf Basis von Artikel 14 des Übereinkommens von 1961 auseinander. Die ersten demokratischen Wahlen in Afghanistan bestätigten im Oktober 2004 Hamid Karzai als Staatspräsidenten. Leider stellt das im Land weit verbreitete Drogenproblem eine ernste Bedrohung für die neue Demokratie, die Stabilität und den wirtschaftlichen

Wiederaufbau des gesamten Landes dar. Der illegale Schlafmohnanbau zur Produktion von Opium ist noch immer im Steigen begriffen, und drei Viertel der Gesamtmenge des weltweit vertriebenen Heroins werden in Afghanistan hergestellt. Außerdem ist Afghanistan zu einer Hauptquelle von Cannabis harz und zu einem wichtigen Abnehmer für illegal gehandelte psychotrope Substanzen und kontrollierte Chemikalien geworden.



Afghanistan hat eine nationale Strategie zur Drogenbekämpfung angenommen, deren Ziel es ist, über einen Zeitraum von zehn Jahren den illegalen Anbau sowie die Produktion und den Handel mit Narkotika, psychotropen Substanzen und kontrollierten Chemikalien zu eliminieren. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und die internationale Gemeinschaft unterstützen Afghanistan bei seinen Bemühungen, dieses Ziel und damit die Einhaltung der internationalen Drogenübereinkommen zu erreichen. Letztlich ist es jedoch die Aufgabe Afghanistans, seinen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Übereinkommen zur Drogenbekämpfung nachzukommen und sein Volk vor dieser Geißel zu schützen.

Der Prozentsatz von HIV/AIDS-Infektionen von injizierenden Drogenabhängigen ist in einigen Teilen der Welt und vor allem in Osteuropa und Asien stark gestiegen. Vielfach steht die alarmierende Verbreitung von HIV/AIDS und anderen Infektionskrankheiten in engem Zusammenhang mit dem erschreckend niedrigen Wissensstand über diese Krankheiten und ihre Übertragungswege. Die Regierungen müssen sich dem Problem dieses mangelnden Wissens stellen und Mittel und Wege finden, die weitere Verbreitung von HIV einzudämmen. Dabei haben sie dafür zu sorgen, dass die unheilvolle

Verbindung zwischen Drogeninjektionen und HIV/AIDS nicht durch die gegenwärtige Praxis der Drogenbekämpfung aufrecht erhalten wird. So dürfen vor allem Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von Infektionskrankheiten nicht als Möglichkeiten zur Erleichterung oder sogar Förderung des Drogenmissbrauchs gesehen werden, der ja die Wurzel des Übels darstellt. Mit anderen Worten: erstes und wichtigstes Ziel aller Interventionen muss sein, den

Drogenmissbrauch zu verhindern, weil er als solcher gefährlich und schädlich ist und darüber hinaus auch noch größeren Schaden anrichten kann, indem er zur weiteren Verbreitung von HIV/AIDS und anderer schwerer Infektionskrankheiten beiträgt.

Hamid Ghodse
Präsident des INCB



Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

INCB: INTEGRATION DER STRATEGIEN ZUR REDUZIERUNG VON ANGEBOOT UND NACHFRAGE IST VON ZENTRALER BEDEUTUNG

Schaffung von Mechanismen zur Koordinierung nationaler Drogenpolitiken empfohlen

“Die Integration der Strategien zur Reduzierung von Angebot und Nachfrage: Streben nach mehr als Ausgewogenheit” – lautet das Thema des Ersten Kapitels des heute (2. März 2005) veröffentlichten Jahresberichts des Internationalen Suchtstoffkontrollrates (INCB).

Im Rahmen des Kampfes zur Reduzierung sowohl des Missbrauchs von Suchtstoffen als auch des Angebots solcher Substanzen war es bisher das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen derartigen Maßnahmen zu sichern. Diese Vorgangsweise hat zwar gewisse Erfolge gebracht, der diesjährige Bericht des Suchtstoffkontrollrates stellt jedoch fest, dass unabhängig voneinander durchgeführte Maßnahmen zur Senkung des Drogenangebots und der Nachfrage nach Drogen nur beschränkt wirksam sind und dass mehr als nur ein Gleichgewicht dieser Maßnahmen anzustreben ist, wenn diese wirklich greifen sollen.

Der INCB fordert eine umfassendere Integration der auf Angebotsreduzierung und Nachfragesenkung ausgerichteten Programme, und zwar auf örtlicher, regionaler und internationaler Ebene. Es empfiehlt daher die Schaffung von Mechanismen zur Koordinierung der einzelstaatlichen Drogenpolitiken mit dem Ziel, die verschiedenen Programme zur Senkung von Angebot und Nachfrage zu integrieren und effizienter zu gestalten.

“Wenn das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Sondersitzung von 1998 erklärte Zehn-Jahres-Ziel erreicht werden soll, ist es unabdingbar, auf operativer und politischer Ebene eine Integration der Maßnahmen zur Senkung von Angebot und Nachfrage zu erzielen”, erklärte der Präsident des INCB, Hamid Ghodse. Im Rahmen der Sondersitzung kamen die Mitgliedsstaaten überein, Produktion, Handel und Missbrauch von Suchtstoffen drastisch zu senken.

Im Rahmen einer Analyse der Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage auf verschiedenen Ebenen wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass “...in dem Maße, in dem ein Suchtstoff weitere Verbreitung findet, nicht nur eine größere Anzahl von suchtgefährdeten Personen mit ihm in Berührung komme, sondern auch die Wahrscheinlichkeit steige, dass derartige Personen mit der betreffenden Droge zu experimentieren beginnen, wodurch die Problematik des Drogenmissbrauchs verschärft werde.”

Ein mangelndes Verständnis der Zusammenhänge zwischen Angebot und Nachfrage kann zum Entstehen epidemieähnlicher Situationen führen. Ein typisches Beispiel dafür, wie eine Erhöhung des Drogenangebots zu einer Bedarfssteigerung führen kann, ist die Crack/Kokain-Epidemie der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten, als eine neue, billigere Variante einer altbekannten Droge in großem Maßstab auf den Markt kam.

Der Bericht empfiehlt die Annahme eines gemeinsamen Analysemodells für Drogenmärkte als Mittel zur Erzielung eines entsprechenden Gleichgewichts bei der Reduktion von Angebot und Nachfrage unter spezifischer Berücksichtigung lokaler, nationaler und regionaler Marktgegebenheiten.

“Die Entscheidungsträger müssten die wesentlichen Charakteristika der in einem bestimmten Gebiet vorhandenen Märkte feststellen, um zielgerichtete Strategien erarbeiten zu können, die geeignet sind, sowohl die Nachfrage nach illegalen Suchtstoffen

als auch das Angebot an solchen Stoffen einzudämmen“, erklärte Professor Ghodse. Im Fall eines „ausgereiften“ Drogenmarkts, dessen wesentliches Merkmal der hohe Drogenkonsum seitens einer geringen Anzahl von Drogensüchtigen und -abhängigen ist, empfiehlt das INCB, das Problem von der Seite des Drogenangebots her anzugehen, das heißt, nicht die Süchtigen selbst, sondern die relativ geringe Zahl von Drogenhändlern großen Stils dingfest zu machen.

Das INCB weist auch darauf hin, dass im Interesse eines nachhaltigen Erfolges eine Vernichtung von Drogenkulturen mit entsprechenden alternativen Entwicklungsprogrammen Hand in Hand gehen müsse. Diese Maßnahmen müssten aber auch von Schritten zur Nachfragereduzierung begleitet sein, die darauf ausgerichtet sind, der relativ kleinen Zielgruppe konkrete Therapiemöglichkeiten anzubieten; Präventionsprogramme, die sich auf aufklärende Maßnahmen beschränken, seien in derartigen Situationen nicht zielführend.

Um auf der Makro-Ebene ein Gleichgewicht zwischen nationalen und regionalen Drogenbekämpfungsmaßnahmen zu erzielen, fordert das INCB auch eine bessere Koordination und einen umfassenderen Austausch von Informationen und Daten über operationelle Gesetzesvollzugsmaßnahmen und Programme zur Nachfrageverringering. Als konkretes Beispiel für eine erfolgversprechende Vorgangsweise nennt das INCB die Schaffung von Drogengerichten, bei denen Therapieangebote in den Gesetzesvollzug integriert sind.

Der Internationale Suchstoffkontrollrat spricht sich auch für gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen aus, durch die Angehörigen der Sozialdienste, des Bildungswesens, der Justiz und des Gesundheitssektors ein besseres Verständnis für die Probleme und Erfordernisse der jeweils anderen Sektoren vermittelt werden kann.



Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

REGIONALE SCHWERPUNKTE

Afrika

Cannabis stellt nach wie vor das wichtigste Suchtstoffproblem auf dem gesamten afrikanischen Kontinent dar, doch nimmt auch der Handel mit und der Missbrauch von Kokain, Heroin und amphetaminartigen Aufputschmitteln in vielen Ländern der Region zu.

Da injizierender Drogenmissbrauch, der in einer Reihe von afrikanischen Ländern immer häufiger wird, könnte sich die bereits schwere HIV/AIDS-Krise auf dem Kontinent noch weiter verschärfen.

Das Fehlen entsprechender Kontrollmaßnahmen in den meisten afrikanischen Ländern erleichtert den Missbrauch von aus legalen Verteilerkanälen abgezweigten psychotropen Substanzen.

Die Tatsache, dass afrikanische Länder nur über beschränkte institutionelle und technische Kapazitäten zur wirksamen und umfassenden Bekämpfung des Drogenproblems verfügen, wirkt sich auch negativ auf die nationalen Strategien zur Drogenbekämpfung aus.

In den meisten afrikanischen Ländern gibt es auch keine entsprechende gesetzliche Basis und keine der erforderlichen administrativen Mechanismen für den Umgang mit kontrollierten Chemikalien. Diese Situation könnte zu schwerwiegenden Problemen auf dem Gebiet der internationalen Überwachung des Handels mit derartigen Chemikalien führen.

In vielen afrikanischen Ländern, die bis vor kurzer Zeit in Konflikte oder bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen verstrickt waren, ist Drogenmissbrauch nach wie vor – vor allem unter Kindersoldaten – weit verbreitet.

Amerika

Insgesamt stellt der nordamerikanische Kontinent den weltweit größten Markt für illegale Drogen dar. Der Drogenhandel in großem Stil und die illegale Herstellung von Drogen sind ein schwerwiegendes Problem, und auch der Missbrauch von rezeptpflichtigen Medikamenten scheint im Steigen begriffen zu sein. Gleichzeitig investieren die Länder der Region sowohl auf nationaler als auch zwischenstaatlicher Ebene umfangreiche Geldmittel in die Bekämpfung des Drogenproblems.

Die erste seit 1994 auf nationaler Ebene durchgeführte Untersuchung über Drogenmissbrauch wurde im Dezember 2003 in Kanada in die Wege geleitet. Diese Untersuchung stellt einen ersten Schritt in Richtung der vom INCB empfohlenen umfassenden Erhebung von Daten über gegenwärtige Trends im Bereich der Suchtstoffe dar.

Aufgrund der verstärkten Strafverfolgung, einschließlich der von den USA gemeinsam mit anderen Staaten durchgeführten Aktionen konnten im letzten Jahr acht internationale Drogenringe zerschlagen und sieben andere geschwächt werden.

Jüngste offizielle Daten zeigen zwar, dass sich in den Vereinigten Staaten das Ausmaß des Drogenmissbrauches unter der allgemeinen Bevölkerung gegenüber 2002 nicht verändert hat, bei Schülern der Sekundarstufe wurde allerdings erstmals seit einem Jahrzehnt eine signifikante Verringerung des Missbrauchs illegaler Drogen festgestellt. Junge Menschen scheinen sich der Risiken des Drogenmissbrauchs – vor allem des Missbrauchs von Cannabis – stärker bewusst zu werden, eine Entwicklung, die zumindest teilweise auf wirksame Kampagnen in den Medien zurückzuführen sein dürfte.

Der INCB äußert sich besorgt über Hinweise, wonach Drogenringe im Begriff sind, ihre Aktivitäten in Mexiko zu verändern und das Land unter Umständen zu einem ausbaufähigen Markt machen könnten.

In den Ländern Mittelamerikas und der Karibik ist der großangelegte Kokainhandel und -missbrauch nach wie vor von Bedeutung; in einigen Ländern der Region ist der Drogenmissbrauch zu einem schwerwiegenden Problem geworden.

In Mittelamerika sind viele Jugendbanden in Gewaltverbrechen und Drogenhandel verwickelt. Bei einem Gipfeltreffen im März 2004 vereinbarten die Staatsoberhäupter der betroffenen Länder, einander in ihrem Kampf gegen Jugendbanden gegenseitig zu unterstützen

Neunzig Prozent des in Südamerika produzierten Kokains – 590 Tonnen von insgesamt schätzungsweise 655 Tonnen im Jahr 2003 – werden auf dem Seeweg, vor allem über die Karibik, transportiert.

Der Kokainmissbrauch in den Ländern Mittelamerikas und der Karibik scheint im Steigen begriffen zu sein.

Heroinmissbrauch ist in Mittelamerika und im karibischen Raum bisher noch relativ gering, die Situation dürfte sich aber aufgrund der Zunahme des Drogenhandels in der gesamten Region zusehends verschlechtern.

In Mittelamerika und in den Ländern der Karibik nimmt der Anteil der weiblichen Drogenkonsumenten zu.

In Südamerika ist die Kontrolle von Drogen nach wie vor von großer politischer Bedeutung, nicht nur für diese Region selbst, sondern auch für den Rest der Welt. Die Regierungen einiger Länder der Region haben bei der Bekämpfung von Drogenhändlernetzen beachtliche Durchbrüche erzielt, was sich unter anderem an der erhöhten Menge von beschlagnahmten Suchtstoffen ablesen lässt.

Drogenhandel und die damit verbundene Geldwäsche und Korruption gefährden nach wie vor die Stabilität in Südamerika. Wie auch schon in der jüngsten Vergangenheit versuchen Drogenhändler, die Staatsanwaltschaft einzuschüchtern, was erneut auf die engen Verbindungen zwischen Drogenhandel und organisiertem Verbrechen hinweist.

Offene Konflikte zwischen Kokasträucher anbauenden Farmern und der Regierung, die immer wieder versucht, derartige Anpflanzungen einzudämmen, treten in Bolivien nach wie vor auf; in Peru haben Häufigkeit und Ausmaß der Konflikte zugenommen.

Da der Kokastrauch häufig in sehr armen Gegenden angebaut wird, ist das INCB überzeugt, dass Maßnahmen zur Verringerung der Armut für eine dauerhafte Eindämmung der Produktion von Kokablättern und anderer Narkotika in Südamerika von größter Bedeutung sind.

Asien

In Südostasien hat sich die illegale Produktion von Schlafmohn weiterhin verringert. Der illegale Schlafmohnanbau ging in der Demokratischen Volksrepublik Laos und in Myanmar im Jahr 2004 signifikant zurück und auch der durchschnittliche Ertrag der Opiumproduktion hat sich verringert. Thailand zählt nicht mehr zu den wichtigsten Ursprungsländern von illegalem Opium und Heroin.

Die illegale Herstellung und der Missbrauch von amphetaminartigen Aufputschmitteln, vor allem Methamphetamin sowie der Schmuggel dieser Substanzen, stellt in Ost- und Südostasien nach wie vor ein äußerst großes Problem dar.

In einigen ost- und südostasiatischen Ländern (Kambodscha, China, Myanmar, Thailand und Vietnam) hat sich der Opiatmissbrauch offenbar von Opium zu Heroin verlagert. Heroin ist auch die bevorzugte Droge von injizierenden Drogenabhängigen, was in vielen Ländern der Region auch Anlass zu Besorgnis über die Verbreitung von HIV/AIDS gibt. In China und Vietnam treten die meisten neuen HIV/AIDS-Infektionen nach wie vor bei injizierenden Drogenabhängigen durch den gemeinsamen Gebrauch von Spritzen auf. Durch den Umstieg von Opium auf Heroin steigt die Zahl der HIV-Infektionen auch bei Drogen injizierenden Süchtigen in Indien und Nepal.

Mehr als zwei Drittel des weltweiten Amphetaminmissbrauchs tritt in Asien auf, wobei etwa 95% der Amphetaminabhängigen in Asien im Osten und Südosten des Kontinents zu finden sind.

In Südasien nehmen das Angebot an Drogen und damit auch deren Missbrauch durch die geographische Nähe zu den wichtigsten Opiatproduktionsgebieten – Goldener Halbmond und Goldenes Dreieck –, durch den verbreiteten heimischen Anbau von Cannabis und das wachsende Abzweigen von pharmazeutischen Produkten weiterhin zu.

Die Opiumproduktion in Afghanistan und deren Auswirkung auf Frieden und Sicherheit stellen nach wie vor das Hauptproblem im Zusammenhang mit Drogen im westlichen Teil Asiens dar. In Afghanistan selbst haben die Herstellung von illegalen Drogen und damit verbundene Tätigkeiten im Jahr 2004 ein Rekordausmaß erreicht und stellen eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes dar. Auch der Drogenmissbrauch hat in Afghanistan in den letzten Jahren zugenommen, und unter Heroinabhängigen ist eine Zunahme an injizierenden Süchtigen zu verzeichnen.

In Pakistan wurde der Schlafmohnanbau 2003 wieder aufgenommen, und dieser Trend setzte sich auch 2004 fort.

In Zentralasien geben der Schmuggel und Missbrauch von aus Afghanistan stammenden Opiaten sowie der illegale Transport von Essigsäureanhydrid, einer chemischen Substanz, die bei der Herstellung von Heroin zum Einsatz kommt, weiterhin Anlass zu Besorgnis. Schätzungen zufolge wurde im Jahr 2004 etwa ein Drittel des afghanischen Opiumertrags durch Länder dieser Region, vor allem Kasachstan und Tadschikistan, transportiert

Die großen Mengen an aus Afghanistan stammendem Heroin, die (in Richtung der Russischen Föderation und anderer europäischer Länder) durch Zentralasien befördert werden, stellen ein zusätzliches Problem auf dem Gebiet der illegalen Drogen in dieser Region dar.

In Zentralasien nimmt die Zahl der HIV/AIDS-Infizierten auf Grund der Zunahme der injizierenden Drogensüchtigen weiter zu. Während weltweit etwa 10% der HIV/AIDS-Infektionen auf die Injektion von Drogen zurückzuführen sind, ist diese Art der Übertragung der Infektion für 60 bis 90% der neuen Fälle in Zentralasien verantwortlich.

Länder auf der arabischen Halbinsel werden immer häufiger als Transitstationen für die für Europa bestimmten Heroin- und Cannabislieferungen verwendet, während kontrollierte Chemikalien über diese Länder in die entgegengesetzte Richtung geschmuggelt werden. Der Missbrauch von Opiaten, vor allem von Heroin, nimmt ebenso zu wie der bereits weit verbreitete Missbrauch von synthetischen Drogen.

Die Drogensituation im Irak könnte sich durch den Zerfall bestehender Drogenkontrollstrukturen angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Instabilität des Landes und seiner geographischen Lage weiter verschlechtern. Die komplexen Zusammenhänge zwischen Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Korruption und Drogenschmuggel stellen eine Bedrohung dar, die befürchten lässt, dass sich die Gesamtsituation weiter zuspitzt.

Europa

Cannabis ist die in Europa wie in allen anderen Regionen am weitesten verbreitete illegale Droge. In Europa haben im letzten Jahr schätzungsweise 28,8 Millionen Menschen oder 5,3% der Gesamtbevölkerung Cannabis konsumiert. Der Cannabismissbrauch in Osteuropa nahm in den Jahren 2003 und 2004 weiter zu, wobei 3,6% der Bevölkerung bzw. etwa 8,4 Millionen Menschen Cannabis missbräuchlich verwendet haben sollen.

Der Cannabismissbrauch nahm in den letzten zehn Jahren in fast allen europäischen Ländern zu. In der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit Cannabis allerdings mehr über dessen angeblich günstige Wirkung als über die damit verbundenen Risiken diskutiert. Die steigende Tendenz scheint damit in Verbindung zu stehen, dass man mancherorts bemüht ist, den Eindruck zu erwecken, dass Cannabis nicht schädlich sei.

In Europa hat der Kokainmissbrauch seit 1998 zugenommen, wobei sich ein Trend in Richtung einer Stabilisierung abzeichnet. In Osteuropa sind die entsprechenden Zahlen nach wie vor wesentlich niedriger als in Westeuropa. Pro Jahr kommen schätzungsweise mehr als 200 Tonnen Kokain nach Europa, und zwar vornehmlich über Belgien, die Niederlande, Spanien und Großbritannien.

Nach den Rekordernten von Schlafmohn, die in Afghanistan in den letzten drei Jahren verzeichnet wurden, hat auch der Heroinschmuggel in Europa wieder etwas zugenommen. Während der Heroinmissbrauch in den meisten Ländern Westeuropas stabil geblieben oder leicht gesunken ist, nimmt er in den osteuropäischen Ländern und in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) weiter zu. Nach offiziellen Schätzungen gibt es in der Russischen Föderation mehr als eine Million Heroinkonsumenten, womit die Region zum größten Heroinmarkt Europas geworden ist.

Über den nördlichen und südlichen Ast der Balkanroute werden weiterhin bis zu 80% des in Europa vertriebenen Heroins transportiert.

Die Verwendung verunreinigter Injektionsnadeln durch Drogenabhängige trägt nach wie vor zur weiteren Verbreitung von HIV/AIDS bei. Die baltischen Staaten und die Mitgliedsländer der GUS weisen den stärksten Zuwachs an HIV-Fällen unter injizierenden Drogenabhängigen auf. Etwa 80-90% aller neuen HIV-Fälle sind in diesen Ländern auf die Injizierung von Drogen zurückzuführen.

Während sich die Situation auf dem Gebiet des Drogenmissbrauchs in Westeuropa offenbar stabilisiert hat, nehmen in Osteuropa die Herstellung und die Zahl der potentiellen Konsumenten von Amphetaminen und MDMA (Ecstasy), die immer beliebter werden, deutlich zu.

In vielen Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, sind Chemikalien, die für die illegale Herstellung von Drogen zum Einsatz kommen, stärkeren Kontrollen unterworfen, als von den Verordnungen der Europäischen Kommission verlangt wird. Das INCB äußert sich darüber besorgt, dass die Erweiterung der EU zu einer Aufweichung der bestehenden Import- und Exportkontrollen in ganz Europa führen könnte.

Obwohl die Regierung von Albanien wiederholt dazu aufgefordert wurde, hat sie es bisher verabsäumt, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen zu übermitteln. Das INCB ist weiterhin über wiederholte Berichte über schwerwiegende Probleme mit der Drogenkontrolle im Land sowie die mangelnde Beachtung des verbreiteten Drogenschmuggels aus Albanien in andere Länder besorgt.

Ozeanien

In Australien ist der Heroinmissbrauch unter jenes Niveau gesunken, das vor der Heroinknappeit Anfang 2001 zu verzeichnen war. 90% des in Australien konsumierten Heroins stammt aus Südostasien. Die mangelnde Verfügbarkeit von Heroin hat dazu geführt, dass Drogenabhängige zu anderen Substanzen greifen.

In Australien und Neuseeland wurde ein beträchtlicher Anstieg der illegalen Herstellung und des Missbrauchs von amphetaminartigen Aufputschmitteln verzeichnet.

Die meisten Inselstaaten des Pazifik sind nach wie vor potentielle Transitländer für den Drogenschmuggel und auch vor dem Missbrauch von amphetaminartigen Aufputschmitteln nicht gefeit.



Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

INTERNETAPOTHEKEN STEIGERN UMSATZ VON ILLEGALEN DROGEN

INCB fordert Regierungen auf, gegen illegal betriebene Internetapotheken vorzugehen

Jedes Jahr werden Drogen in einem Ausmaß von mehreren Milliarden Dosen illegal über das Internet verkauft. Dies bedeute eine große, unter Umständen tödliche, Gefahr für die Gesundheit der Käufer, stellt der heute (2.3.2005) veröffentlichte Jahresbericht des Internationalen Suchtstoffkontrollrates (INCB) fest.

In diesem Bericht gibt der INCB erneut seiner Besorgnis über den illegalen Verkauf der internationaler Kontrolle unterworfenen Suchtstoffe über das Internet Ausdruck. Im vergangenen Jahr hätten illegale Internetverkäufe und der Schmuggel von Narkotika und psychotrope Substanzen enthaltender Pharmaka auf dem Postweg stetig zugenommen und machten gegenwärtig den bei weitem größten Prozentsatz der Umsätze dieser illegal betriebenen Internetapotheken aus. Letztere verkauften regelmäßig Narkotika und psychotrope Substanzen, ohne die Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Rezepte zu verlangen.

Bei den über das Internet illegal verkauften Drogen handelt es sich zum Teil um Substanzen mit hohem Missbrauchs-Potential – wie bestimmte Opioide (z.B. Oxycodon), Aufputschmittel (Amphetamine) und Benzodiazepine (z.B. Alprazolam und Diazepam) – aber auch um Substanzen wie Fentanyl und Secobarbital, die, wenn sie nicht unter entsprechender ärztlicher Überwachung eingenommen werden, zum Tod des Konsumenten führen können.

Das INCB verleiht auch seiner Sorge Ausdruck, dass das Fehlen eines vorgeschriebenen Mindestalters für die Abgabe derartiger Drogen an potentielle Konsumenten dazu führen könne, dass rezeptpflichtige Substanzen in steigendem Maße von Kindern und Jugendlichen missbraucht werden. In manchen Ländern, wie etwa in den Vereinigten Staaten, sei dies heute bereits der Fall.

In vielen Fällen seien darüber hinaus die Authentizität und die Qualität der illegal über das Internet vertriebenen Pharmazeutika fraglich – in manchen Fällen handle es sich sogar um gefälschte Substanzen. Außerdem stelle der Kauf dieser Medikamente ohne gültiges Rezept in fast allen Ländern einen Gesetzesverstoß dar. In vielen Fällen seien die im Internet angebotenen Produkte noch dazu bedeutend teurer als in konzessionierten Apotheken und würden, wenn kein Rezept vorgelegt werden kann, von der Krankenversicherung nicht zurückerstattet.

Angesichts der wachsenden internationalen Bedeutung dieses Problems organisierte der INCB im Herbst 2004 ein Expertentreffen über den illegalen Drogenhandel im Internet, an dem internationale und nationale Fachleute aus den verschiedensten Institutionen und Behörden teilnahmen. Das Treffen erbrachte erste Einsichten in die Problematik und erarbeitete Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

Der INCB beabsichtigt auch, ein Konsultationstreffen der einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen wie Interpol, Weltzollorganisation, Weltgesundheitsorganisation und Weltpostverein einzuberufen.

Im vergangenen Jahr haben positive Beispiele einer erfolgreichen Zusammenarbeit den Beweis erbracht, dass ein konzertiertes Vorgehen erfolgreich sein kann. Nationale Behörden, wie etwa jene der Niederländischen Antillen, sind mit Erfolg gegen die illegalen Internetapotheken vorgegangen. Der INCB hofft, dies werde Beispielwirkung für andere Länder – wie etwa Pakistan –

haben, die bisher wenig Bereitschaft zeigen, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten und gegen die auf ihrem Staatsgebiet tätigen Internetapotheken mit aller Strenge des Gesetzes vorzugehen.

Der INCB schlägt eine duale Verfahrensweise vor: einerseits sollten die Länder aufgefordert werden, untereinander Informationen auszutauschen, und andererseits sollte das Problem von der Angebotsseite her angegangen werden. Der Erfahrungsaustausch sollte so organisiert werden, dass Informationen über spezifische Fälle so rasch wie möglich bereitgestellt werden können. Darüber hinaus sei es aber auch notwendig, die Belieferung der illegal betriebenen Internetapotheken hintanzuhalten. Da die meisten Internetapotheken Markenprodukte anerkannter und etablierter Pharmafirmen vertreiben, seien die mit der Überwachung der Zulieferer betrauten Behörden in der Lage, Lieferungen an illegal betriebene Internetapotheken zu unterbinden.

Der Bericht betont nicht nur die Wichtigkeit einer strengeren Handhabung der Gesetze in Bezug auf diese strafbaren Handlungen, sondern unterstreicht auch, dass die Behörden der einzelnen Länder die Öffentlichkeit verstärkt über die potentiellen Gefahren, die mit dem Kauf von illegalen Drogen über das Internet verbunden sind, aufklären müssen. Die Käufer müssen sich der Tatsache bewusst werden, dass sie mit dem Kauf derartiger Produkte nicht nur gegen das Gesetz verstoßen, sondern angesichts des Fehlens einer Qualitätskontrolle darüber hinaus auch ihre Gesundheit gefährden können. Außerdem werden die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden aufgefordert, dem illegalen Vertrieb von pharmazeutischen Produkten, die kontrollierte Substanzen enthalten, größeres Augenmerk zu schenken und für eine entsprechende Bestrafung der Täter zu sorgen.

Laut dem Präsidenten des Internationalen Suchstoffkontrollrates, Professor Hamid Ghodse, erfordern "sinnvolle Maßnahmen gegen derartige illegale Aktivitäten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Staaten und vor allem den politischen Willen aller Regierungen, dem Problem die ihm zustehende Bedeutung beizumessen."



Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

INCB BEGRÜSST „BEDEUTENDE UND ENTSCHEIDENDE ÄNDERUNG DER NIEDERLÄNDISCHEN CANNABIS-POLITIK“

Niederländische Regierung plant Verringerung der Zahl von „Coffee Shops“ und anerkennt gesundheitliche und gesellschaftliche Probleme im Zusammenhang mit Cannabis-Missbrauch

In seinem heute (2.3.2005) veröffentlichten Jahresbericht begrüßt der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) die neue Initiative der niederländischen Regierung bezüglich ihrer Cannabis-Politik. In einem interministeriellen Policy Paper über das Cannabisproblem anerkennt die Regierung, dass „Cannabis nicht harmlos“ sei – weder für die Konsumenten noch für die Gesellschaft im Allgemeinen. Sie betont die Bedeutung verstärkter „Maßnahmen gegen Straßenverkauf, Drogentourismus und Cannabisanbau“ und kündigte eine „weitere Verringerung der Anzahl von ‚coffee shops‘ (zum Verkauf kleiner Mengen von Cannabis an Personen über 18 Jahre berechnete Kaffeehäuser)“ an.

Die niederländische Regierung informierte das INCB von dieser wichtigen und entscheidenden Änderung ihrer Politik im August 2004, durch die sie der vollen Einhaltung der internationalen Drogenübereinkommen in Bezug auf Cannabis einen Schritt näher kommt.

Das Policy Paper erkennt die Tatsache an, dass die so genannten ‚coffee shops‘ an dem Weiterbestehen des illegalen Drogenhandels „nicht unschuldig“ seien und zur Bekämpfung von drogenbezogenen Straftaten keinen Beitrag leisteten. Darüber hinaus könne durch die ‚coffee shops‘ die Drogenpolitik der Niederlande insgesamt in Verruf gebracht werden.

Die Anerkennung der mit dem Cannabis-Missbrauch und -Handel sowie mit dem Anbau von Cannabispflanzen verbundenen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Probleme durch die niederländische Regierung wird auf die gesamte Region und auch darüber hinaus große Auswirkungen haben. Das INCB fordert die Regierung der Niederlande auf, weitere Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl der ‚coffee shops‘, die ja den Bestimmungen der internationalen Drogenübereinkommen widersprechen, zu ergreifen.

Die Regierung der Niederlande fordert ihrerseits die für die Durchführung der ‚coffee shop‘-Politik verantwortlichen örtlichen Behörden auf, die Verschärfung ihrer Cannabispolitik mitzutragen. Geplant ist die Senkung der Zahl dieser Kaffeehäuser in der Nähe von Schulen und im grenznahen Bereich sowie ein verschärftes Vorgehen gegen die unkontrollierte Abgabe von Cannabis. Außerdem wird die Zentralregierung mit den örtlichen Behörden zusammenarbeiten, um den Drogentourismus vor allem in grenznahen Gebieten scharf zu überwachen.

Die niederländische Regierung kündigt auch die Durchführung eines Aktionsplans zur Eindämmung des Cannabis-Missbrauchs an, der vor allem auf Risikogruppen ausgerichtete Präventionskampagnen vorsieht. Außerdem soll in den Massenmedien über einen Zeitraum von drei Jahren eine jährliche Anti-Drogenkampagne durchgeführt werden, die sich besonders an Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren wendet. Darüber hinaus sollen Cannabiskonsumenten in verstärktem Maß einer Therapie zugeführt werden. Um den ungesetzlichen Anbau von Cannabispflanzen mit einem hohen THC-Anteil (THC = Tetrahydrocannabinol, der in Cannabis enthaltene Wirkstoff) so unattraktiv wie möglich zu machen, tritt die niederländische Regierung für eine Durchsetzung der verwaltungs- und strafrechtlichen Vorschriften ein. In diesem Zusammenhang stellt die Regierung fest, dass vor allem die neuen Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten eine Grundlage für das rasche Vorgehen der Behörden gegen Cannabiskulturen bilden, und kündigt Pläne an, die Mindeststrafe für den verbotenen Cannabisanbau in großem Stil auf fünf Jahre anzuheben.





Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

INCB BERICHTET ÜBER ERFOLGREICHE EINDÄMMUNG DER ABZWEIGUNG VON KONTROLLIERTEN CHEMIKALIEN Handelsnetze zerstört; INCB fordert Intensivierung der Zusammenarbeit seitens der Regierungen

In seinem heute (2.3.2005) veröffentlichten Jahresbericht fordert der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) die Regierungen auf, den sofortigen Informationsaustausch über Beschlagnahmen und die Abzweigung von für die Herstellung von Kokain, Heroin und amphetaminartigen Aufputzmitteln benötigten Chemikalien zu verbessern.

Der INCB ist bestrebt, in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Regierungen die Abzweigung solcher Chemikalien für illegale Zwecke zu verhindern. So läuft z.B. gegenwärtig im Rahmen des vom INCB ins Leben gerufenen internationalen Initiative mit dem Namen „Project Prism“ zwischen Polen und China eine gemeinsame Rückverfolgungsaktion, und eine erfolgreiche kontrollierte Lieferung zwischen Irland und den Niederlanden hat zur Festnahme von Schmugglern von Chemikalien, die für die Herstellung von Ecstasy dienen sollten, geführt. In letzterem Fall allein hätten die beschlagnahmten kontrollierten Chemikalien Vorläuferchemikalien für die Produktion von 80 Millionen Ecstasytabletten ausgereicht. Weitere internationale Initiativen sind unter anderem die „Operation Purple“ und die „Operation Topaz“, bei denen es darum geht, die Abzweigung von für die Herstellung von Kokain bzw. Heroin erforderlichen kontrollierten Chemikalien für den illegalen Markt zu verhindern.

Die an diesen Operationen beteiligten Regierungen sind dazu angehalten, Lieferungen dieser Chemikalien zu überwachen. Die Rechtmäßigkeit von Geschäftsabläufen wird mittels Überprüfungen der an den Geschäften beteiligten Firmen festgestellt, um zu gewährleisten, dass die in Rede stehenden Substanzen tatsächlich für einen legitimen Zweck bestimmt sind. Im Verdachtsfall kann die Lieferung verzögert, gestoppt oder die Ware beschlagnahmt werden. Die Information über gestoppte oder verzögerte Lieferungen bzw. Beschlagnahmen wird an das INCB übermittelt, das sie an die Teilnehmerstaaten weiterleitet.

In den letzten beiden Jahren wurden von den Regierungen mit der Unterstützung des INCB zahlreiche Transaktionen überprüft. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass in mehr als 430 Fällen Beschlagnahmen erfolgten sowie Abzweigungen bzw. versuchte Abzweigungen verhindert werden konnten. In einigen Fällen war es auch möglich, illegale Laboratorien und Handelsnetze zu zerschlagen und Drogenhändler festzunehmen.

Im Jahr 2004 konzentrierte sich das „Project Prism“ auf die Überwachung von Ecstasy-Vorläufern, die Verhinderung der Abzweigung verschiedener Ephedrin-haltiger pharmazeutischer Präparate, das Aufspüren illegaler Amphetaminlaboratorien in Europa sowie die Untersuchung der in illegalen Laboratorien verwendeten Geräte.

Da der Drogenschmuggel und der illegale Handel mit Chemikalien häufig von denselben kriminellen Netzwerken betrieben werden, empfiehlt das INCB den Regierungen, der Sammlung, Analyse und dem Austausch einschlägiger Informationen besonderes Augenmerk zu schenken.

Der INCB unterstützt die Anstrengungen zur Eindämmung der Heroinproduktion in Afghanistan durch seine Teilnahme an den in diesem Land im Rahmen der Operation Topaz durchgeführten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Diese zielen darauf ab, den Weg von gewissen Chemikalien, vor allem von Essigsäureanhydrid, der wichtigsten zur Herstellung von Heroin benötigten Substanz, nachzuvollziehen. Die Substanz, für die in Afghanistan kein legitimer Bedarf besteht, wird aus dem Ausland in das Land geschmuggelt.





Zur Information — kein offizielles Dokument.

SPERRFRIST: 2. März 2005
00:01 Uhr GMT

INCB: TROTZ WESENTLICHER FORTSCHRITTE BLEIBT AFRIKA EINE SCHWACHSTELLE IM INTERNATIONALEN KAMPF GEGEN SUCHTGIFTE

Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) ruft in seinem heute (2. März 2005) veröffentlichten Jahresbericht die afrikanischen Regierungen auf, dem Kampf gegen Suchtstoffe in ihren Ländern höhere Priorität einzuräumen. Gleichzeitig wird die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die Staaten der Region bei der Verstärkung ihres Kampfes gegen Drogenschmuggel und -missbrauch in geeigneter Weise zu unterstützen.

In vielen Ländern der Region stellen Drogen ein immer ernsteres Problem dar. Afrika ist nach wie vor eines der wichtigsten Anbaugelände von in Afrika und Europa widerrechtlich gehandeltem Cannabis. Die größten Mengen von afrikanischem Cannabis werden in Marokko produziert, wo laut einer vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der marokkanischen Regierung gemeinsam durchgeführten Untersuchung die Pflanze auf geschätzten 134.000 ha angebaut und zu etwa 3000 Tonnen Cannabisharz verarbeitet wird. Rund 60 Prozent der weltweit beschlagnahmten Menge von Cannabisharz stammt aus Marokko, und es gibt Hinweise darauf, dass manche bürgerkriegsähnlichen Konflikte in Afrika aus den Gewinnen des Drogenhandels finanziert werden.

Wie in dem in Wien veröffentlichten Bericht festgestellt wird, hat der Umstand, dass die Länder Afrikas nur über beschränkte institutionelle und technische Möglichkeiten verfügen, um sich in umfassender Weise mit dem Drogenproblem auseinanderzusetzen zu können, auf dem gesamten Kontinent negative Auswirkungen auf die Umsetzung staatlicher Drogenbekämpfungsstrategien. Auf internationaler Ebene könnte die Unzulänglichkeit der Bekämpfungsmaßnahmen auf dem afrikanischen Kontinent zu ernstesten Problemen bei der Überwachung des Handels mit für medizinische und wissenschaftliche Zwecke benötigten Suchtstoffen führen.

Die Bemühungen der Drogenbekämpfungsbehörden waren, wenn auch mit Einschränkungen, durchaus von Erfolg gekrönt. Die Drogenbekämpfung in den Ländern Afrikas stützt sich auf die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Form von regelmäßigen Tagungen der einschlägigen Behörden, wie z.B. die Tagung der Vorsitzenden der staatlichen Drogenbekämpfungsbehörden, das auf operativer Ebene durchgeführte Treffen der Leiter der ostafrikanischen Kriminalämter mit Vertretern der Drogenbekämpfungsabteilungen, oder die Tagung der ostafrikanischen Polizeichefs zur Förderung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

Dank der Zusammenarbeit zwischen den Verbrechensbekämpfungsbehörden der Teilnehmerstaaten an der Westafrikanischen Initiative zur Förderung gemeinsamer Operationen (West African Joint Operations Initiative) gelang es im April 2004 in Cotonou, im Staate Benin, mehr als 140 kg Kokain zu beschlagnahmen. Im Laufe des Jahres wurden auch in anderen Ländern Rekordmengen von Kokain beschlagnahmt: 600 kg in Ghana, etwa 450 kg vor der Küste Togos, und die Behörden der Kapverdischen Inseln beschlagnahmten etwa 200 kg. Auch auf einzelstaatlicher Ebene wurden dank der Intensivierung der Bekämpfungsmaßnahmen beachtliche Erfolge erzielt: so konnte z.B. die Regierung von Zambia 2003 eine Menge von 182 Tonnen Cannabis sicherstellen, im Vergleich zu lediglich 30 Tonnen in den Jahren 2001 und 2002

In den meisten Ländern der Region gibt es nur unzureichende gesetzgeberische und verwaltungstechnische Mechanismen zur Eindämmung des Handels mit chemischen Vorläufersubstanzen für die illegale Produktion von Drogen. Südafrika und Nigeria haben jedoch inzwischen außerordentlich effiziente Methoden entwickelt, um zu verhindern, dass verschiedene chemische Substanzen in illegalen Kanälen verschwinden. So wurden 2004 in Südafrika und Mozambique zwölf Tonnen

Methaqualonpulver beschlagnahmt, das für die illegale Produktion des Beruhigungsmittels Methaqualon (Mandrax) verwendet wird. Im südlichen Afrika ist der Missbrauch von Methaqualon – meist in Kombination mit Cannabis ("weiße Pfeife") – weit verbreitet. Im Jahr 2004 wurde auch eine Lieferung von 40 Tonnen Kaliumpermanganat, einer Verbindung, die zur illegalen Herstellung von Kokain benötigt wird, auf dem Weg von den Vereinigten Staaten nach Nigeria gestoppt.

In den Ländern des östlichen und südlichen Afrika steigt der Konsum illegaler Injektionsdrogen wie Heroin und ähnlicher Substanzen – eine Entwicklung, die bei der Verbreitung von HIV/AIDS eine verhängnisvolle Rolle spielen könnte. Sorgen bereitet auch der Missbrauch von Methcathinon (auch CAT genannt), einer Substanz, deren Missbrauchspotential jenem von Methamphetamin ähnlich ist. In den west- und zentralafrikanischen Ländern führen auch von Straßenverkäufern vertriebene psychotrope Substanzen wie Diazepam häufig zu Drogenmissbrauch.

Andererseits besteht gerade in Afrika ein besonders großer Mangel an legalen Narkotika für medizinische Zwecke wie etwa zur Schmerzbekämpfung. In mehr als 30 Ländern stehen so gut wie keine schmerzstillenden Narkotika zur Verfügung, und selbst in den Ländern mit den höchsten Verbrauchszahlen werden im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Europa verschwindend kleine Mengen solcher Analgetika eingesetzt.

Der INCB ruft die internationale Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen zur Unterstützung der afrikanischen Regierungen im Kampf gegen den Drogenmissbrauch und den illegalen Drogenhandel zu intensivieren.



DIE ROLLE DES INTERNATIONALEN SUCHTSTOFFKONTROLLRATES

Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) ist das unabhängige, mit gerichtsähnlichen Funktionen ausgestattete Kontrollorgan für die Umsetzung der internationalen Drogenkontrollabkommen der Vereinten Nationen. Er wurde 1968 im Wege des Einheitsabkommens von 1961 über Suchtstoffe geschaffen und ersetzt frühere internationale Vertragsgremien im Bereich der Drogenkontrolle, die teils bis in die Zeit des Völkerbundes zurückgehen.

Zusammensetzung

Der INCB ist sowohl von Regierungen als auch von den Vereinten Nationen unabhängig. Seine 13 Mitglieder werden vom Wirtschafts- und Sozialrat gewählt und üben ihre Funktion nicht als Regierungsvertreter, sondern in persönlicher Eigenschaft aus. Drei Mitglieder mit medizinischem, pharmakologischem oder pharmazeutischem Hintergrund werden aus einer Liste von Experten gewählt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) namhaft gemacht werden, und 10 Mitglieder werden aus einer Liste von Experten gewählt, die Regierungen benennen.

Der INCB arbeitet mit dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen sowie mit anderen internationalen Gremien zusammen, die sich mit Drogenkontrolle befassen, darunter die Suchtstoffkommission, die WHO, die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) und die Weltzollorganisation.

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des INCB ist in folgenden Konventionen festgelegt: dem Einheitsabkommen von 1961 über Suchtstoffe in seiner durch das Protokoll von 1972 abgeänderten Fassung, der Konvention von 1971 über psychotrope Substanzen und der Konvention der Vereinten Nationen von 1988 gegen den illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Substanzen. Die Aufgaben der INCB lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Er überwacht die Einhaltung der internationalen Drogenkontrollabkommen durch die Regierungen und empfiehlt gegebenenfalls technische oder finanzielle Unterstützung.
- Er ist in Zusammenarbeit mit den Regierungen bemüht, eine angemessene Versorgung mit Medikamenten für medizinische und wissenschaftliche Zwecke sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass Medikamente aus legalen Quellen nicht in illegale Kanäle fließen.
- Er stellt Schwächen in den nationalen und internationalen Drogenkontrollsystemen fest.
- Er beurteilt Chemikalien, die in der illegalen Drogenproduktion eingesetzt werden, um festzustellen, ob sie der internationalen Kontrolle unterworfen werden sollen.
- Er betreibt ein System der Vorausschätzung für Suchtstoffe und ein freiwilliges Schätzungssystem für psychotrope Substanzen und überwacht legale Aktivitäten anhand eines mit den Konventionen eingeführten internationalen Berichtssystems.
- Er überwacht und fördert Maßnahmen der Regierungen zur Verhinderung der Abzweigung von Chemikalien, die in der illegalen Drogenproduktion zum Einsatz kommen.

Im Falle vermuteter Vertragsverletzungen verlangt der INCB Erklärungen und schlägt den betreffenden Regierungen Abhilfemaßnahmen vor. Er kann Vertragsverletzungen auch der Suchtstoffkommission und dem Wirtschafts- und Sozialrat zur Kenntnis bringen.

Berichte

Die internationalen Drogenkontrollabkommen verpflichten den INCB, einen Jahresbericht über seine Tätigkeit zu verfassen. Dieser enthält eine Analyse der Situation im Bereich der Drogenkontrolle, macht auf Schlupflöcher und Schwachstellen in nationalen Kontrollsystemen und in der Einhaltung der Abkommen aufmerksam und gibt Empfehlungen für Verbesserungen auf sowohl nationaler als auch internationaler Ebene ab. Die Berichte beruhen auf Informationen, die dem INCB von den Regierungen und internationalen Organen zur Verfügung gestellt werden. Der Jahresbericht wird durch ausführliche technische Berichte über Suchtstoffe und psychotrope Substanzen sowie über kontrollierte Chemikalien, die für die illegale Produktion dieser Drogen eingesetzt werden können, ergänzt.

